

Bürgerinitiative



Herbertshagen
Flockenberg

Inhalt

- Warum wir uns gegründet haben
- Was wir bis jetzt getan haben
- Unsere größten Befürchtungen
- Eine faire Lösung für Alle!
- Problem zur Zeit
- Lösung des Problems
- Beispielhafte Maßnahmen zur Information der Öffentlichkeit
- Was ist Ihre Meinung? Und die Ihrer Fraktion?
- Was können Wir und die Fraktion unternehmen?

- Ersteller: Marco Wirths , Rainer Bunse , Marion Fuchs , Frank Kohlhas
- Juli 2017

Warum wir uns gegründet haben

- Straßenbaumaßnahmen in umliegenden Ortschaften mit horrenden Kosten für die Anlieger
- Ungleichbehandlung aller Hauseigentümer innerhalb einer Kommune
- Wir haben den Eindruck, dass ohne die Information an die Betroffenen eine nicht passende Satzung „passend gemacht wird“!
- Haushaltsverbesserung durch umlegen von Straßenbaukosten!
- Beschlussvorlage Haupt- und Finanzausschuss für die Sitzung vom 20.06.2017 – Beauftragung der Verwaltung eine neue Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG zu erarbeiten, dass auch im Außenbereich bauliche Maßnahmen umlagefähig werden

Was wir bis jetzt getan haben

- Tischvorlage zur Sitzung HUF am 20.06.2017 mit dem Antrag die Entscheidung zu vertagen und erst einmal mit den betroffenen Bürgern zu reden – hier wörtlich „am Beispiel der Herbertshagener Str. wurde schon mal gerechnet“
- Gespräch beim Bürgermeister mit den Herren Bukowski, Kötter und Schneider
 - Fazit aus dem Gespräch:
 - Flockenberg gehört überraschend zum Innenbereich
 - Verunsicherung noch größer
 - Motivation der Gemeinde hat nichts mit mehr Gerechtigkeit sondern mit Möglichkeiten der Mittelbeschaffung zu tun

Was unsere größten Befürchtungen sind

- Erarbeitung der neuen Satzung ist längst erfolgt und wird im Galopp durchgesetzt
- Motivationen der Gemeinde und Bürger liegen deutlich auseinander
 - Umlagefähige, teure Straßenbaumaßnahmen verbessern die Bilanz der Gemeinde im Gegensatz zu günstigen Sanierungen – alles auf Kosten der betroffenen Anlieger
- unzureichend informierte Mandatsträger entscheiden ohne die Konsequenzen zu kennen – fünfstellige Beiträge sind die Regel!
- Selbst betroffene Mandatsträger begründen und entscheiden nach dem Motto “ich habe gezahlt, Ihr bitte auch”
- Gerechtigkeit durch mehr Ungerechtigkeit -
 - es wird nicht nach Verursacher- Nutzerprinzip gehandelt
 - Herbertshagener Str. absolute Durchgangsstraße
 - Nutzer auch aus Ortschaften in denen niemals eine Maßnahme umgesetzt wird

Eine faire Lösung für Alle!

- Straßen werden von allen Bewohnern der Kommune genutzt; also sollen auch alle gleichermaßen sich an den Kosten beteiligen!
- Lösung: wiederkehrende Beiträge

Problem zur Zeit

- Das Landesgesetz sieht wiederkehrende Beiträge nicht vor, d.h. die Kommunen können dies zur Zeit nicht umsetzen.

Lösung des Problems

Es gibt einen Gesetzentwurf der CDU aus 2013 zur Einführung wiederkehrender Straßenbaubeiträge.

Die Umsetzung konnte zu diesem Zeitpunkt nicht durchgesetzt werden.

Seit Bildung der neuen Landesregierung 2017 besteht nun die Möglichkeit dieses Gesetz durchzusetzen.

Der Bürgermeister hat im gemeinsamen Gespräch wiederkehrende Beiträge als dauerhafte und faire Lösung favorisiert. Auch der Verwaltungsaufwand würde hierdurch drastisch reduziert werden können.

Beispielhafte Maßnahmen zur Information der Öffentlichkeit



- Reaktionen zum gleichen Thema aus Stade (in Niedersachsen).

Siehe Link:

[Spiegel Online vom 15.07.17](#)

Weiterführende Links:

[Stellungnahme ADAC](#)

[ZDF Panorama vom 30.8.2015](#)

[Petition: Nie wieder Straßenbaubeiträge für Anlieger in NRW !](#)

Treffen mit den Lokal-Politikern

Am Freitag den 21.07.2017 hatten wir einige örtliche Lokalpolitiker zu einem Treffen eingeladen.

Ziel war es die aktuelle Situation in Flockenberg und Herbertshagen zu beschreiben und um Stellungnahmen der einzelnen Parteien zu erfragen.

Wir wollten hören wie sich die Parteien und Fraktionen zu dem Thema aufstellen und welche Ziele verfolgt werden.

Eingeladen wurden Vertreter von:

CDU, SPD, FDP, BFM, UBV/UWG, die Grünen

Anwesend waren:

- CDU: Inga Diederich, Markus Diederich
- BFM: Klaus Solbach, Jan Schumacher
- FDP: Heiko Förtsch
- Bürgerinitiative Flockenberg / Herbertshagen:
 - Marion Fuchs
 - Rainer Bunse
 - Frank Kohlhas
 - Marco Wirths

Information der CDU

- Anwesende der CDU:
Inga Diederich
Markus Diederich
- stimmt einer Satzungsänderung (Außenbezirk) nicht zu
- erhofft eine Gesetzesänderung (wiederkehrende Beiträge) , bis dahin lehnt die CDU die Satzungsänderung ab
- Die CDU hält die wiederkehrenden Beiträge für eine sehr sinnvolle Möglichkeit Straßenbaukosten gerecht umzulegen

Informationen der BFM

- Anwesende:
 - Klaus Solbach
 - Jan Schumacher
- BfM hat einen Antrag an die Gemeinde/Rat gestellt
siehe Anlage
 - Würden eine Satzungsänderung zustimmen sofern
solche Straßenbaukosten ,für die Außenbezirke
- erst in frühestens 5 Jahren auf die Anlieger umgelegt werden



Bürgerbewegung Für Morsbach
- Die Fraktion -
Solseifen 1
51597 Morsbach

An den Rat der Gemeinde Morsbach
Herrn Bürgermeister Bukowski
Rathaus
51597 Morsbach

Morsbach, 18.07.2017

Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 20.06.2017 die Verwaltung beauftragt, eine neue Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Gemeinde Morsbach zu erarbeiten und in der nächsten Sitzung vorzustellen.

Die Verwaltung verspricht sich davon, die Beitragsgerechtigkeit zu erhöhen, da mit der neuen Satzung bebaute Außenbereichsgrundstücke wie bebaute Grundstücke im unbeplanten Innenbereich behandelt werden und dadurch die Kosten für Verbesserungs- oder Erneuerungsmaßnahmen auf mehrere Schultern verteilt werden.

Wir sehen es als richtig und gerecht an, „Außenbereichsstraßen“ der Beitragsfähigkeit zuzuführen damit ein jeder Anlieger seinen Beitrag leistet.

Allerdings favorisieren wir die Abrechnung über einen wiederkehrenden Beitrag. Die jetzige Praxis der einmaligen Beiträge ist aus unserer Sicht nicht mehr zeitgemäß und stellt für die Mehrheit der Bevölkerung ein ernstes und Existenz bedrohendes Szenario dar. Wir bitten daher die Verwaltung bei der neuen Landesregierung bzw. unserem Landtagsabgeordneten eine Wiederaufnahme der Diskussion anzustoßen.

Da gegenwärtig nicht absehbar ist, ob und wann diese Abrechnungsmöglichkeit geschaffen wird und um einer Beitragsgerechtigkeit näher zu kommen, befürworten wir das geplante Vorhaben vorbehaltlich der weiteren Erkenntnisse die wir in den weiteren Beratungen und Diskussionen gewinnen. Aus unserer Sicht steht aber bereits jetzt fest, dass eine solche Regelung erst mit einer Verzögerung von mindestens 5 Jahren Inkraft treten darf, damit sich die Bevölkerung auf die Neuregelung einstellen kann. Alles andere wäre ein unglücklicher Versuch das Richtige zu tun.

Unabhängig davon bitten wir die Verwaltung über Straßenbaumaßnahmen frühzeitig im Amtsblatt Flurschütz zu informieren sowie die betroffenen Anlieger gesondert persönlich anzuschreiben. Durch ein langfristiges Ausbaukonzept sollte es möglich sein, im Regelfall 5 Jahre vor dem geplanten Baubeginn die Bevölkerung auf Belastungen hinzuweisen.

Weitere Begründungen -falls erforderlich- mündlich in den entsprechenden Sitzungen.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Schumacher

- Stv. Fraktionsvorsitzender -

Informationen der FDP

- Anwesend:
Heiko Förtsch
- Wartet die Vorlage Satzungsentwurf ab
- Kann das Argument „wiederkehrende Beiträge“ nachvollziehen und lehnt dieses nicht grundsätzlich ab.
- Wird sich dazu FDP-intern beraten